

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 236-2018
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2018.RRGR.692

Eingereicht am: 19.11.2018

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Grüne (von Wattenwyl, Tramelan) (Sprecher/in)
SP-JUSO-PSA (Gullotti, Tramelan)
SVP (Benoit, Corgémont)

Weitere Unterschriften: 16

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 22.11.2018

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



SBB CARGO – Schienengüterverkehr, ein Service public

Der Regierungsrat wird aufgefordert, im ganzen Kanton und vor allem in den wirtschaftlich weniger starken Regionen den Schienengüterverkehr zu unterstützen.

1. Der Kanton verpflichtet sich in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und mit den Güterverkehrsunternehmen, Lösungen zu finden, damit der Schienengüterverkehr in diesen wirtschaftlich weniger starken Regionen bestehen bleibt.
2. Der Kanton verpflichtet sich, an den dafür vorgesehenen Gesprächen (CJ, SBB Cargo, Kanton Jura) teilzunehmen und diese über das derzeitige Moratorium hinaus auf die Holzfachleute auszudehnen.
3. Der Kanton prüft insbesondere im Berner Jura zusammen mit den örtlichen institutionellen und fachlichen Akteuren (CJ, CRTU, SBB, Gemeinden usw.), ob beispielsweise im Tal von Tavannes (namentlich in Reconvilier) ein Bedienpunkt für den Holzverlad geschaffen oder ausgebaut werden kann.

Begründung:

Nach den schlechten Nachrichten der SBB Cargo in Bezug auf den Berner Jura und im Wissen darum, dass mit den von der SBB Cargo angekündigten Umstrukturierungen gesamtschweizerisch bis 2023 rund 800 Arbeitsplätze gestrichen und über 170 Bedienpunkte aufgegeben werden sollen, ist Handeln angezeigt, um diesen Dienstleistungsabbau zu verhindern.

Die Umstrukturierung der SBB Cargo ist einem Abbau beim Service public gleichzusetzen.

Dieser Leistungsabbau beim Service public wird derzeit im Jurabogen vorangetrieben, er wird aber auch die ganze Schweiz betreffen, was zulasten der wirtschaftlich weniger rentablen Regionen gehen wird. Thun hat mit ähnlichen Verkehrsproblemen zu kämpfen: Der Postverkehr soll von der Schiene auf die Strasse verlagert werden. Im Jurabogen und vor allem im Berner Jura soll der Holz- und Abfalltransport aufgehoben werden, womit letztlich die regionale Wirtschaft geschwächt wird. Die Chemins de fer du Jura (CJ) können ohne Güterverkehr nicht überleben. Alle diese Transportfragen sind Teil der kantonalen Raumplanungsstrategie (vgl. Raumplanungsbericht 2018) und müssen darin aufgenommen werden, um so günstige Raumbedingungen für die Wirtschaft sicherzustellen.

Hauptgrund für die Aufgabe des Schienenverkehrs zugunsten des Strassenverkehrs ist die Streichung der Subventionen per 1. Januar 2019. Damit wird aber der Volkswille, der mit der Zustimmung zur LSVA (Wachstum des Strassenschwerverkehrs begrenzen, Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene fördern) sowie in der Präambel der Bundesverfassung (Bedeutung der nachhaltigen Entwicklung) zum Ausdruck gebracht wurde, missachtet. Das Übereinkommen von Paris wurde unterzeichnet und verlangt eine Reduktion der CO₂-Emissionen.

Der Berner Jura wurde von den Gesprächen rund um die SBB-Cargo-Reorganisation im Jurabogen ausgeschlossen. Der Kanton Bern hat nicht einmal an den Treffen der drei beteiligten Parteien (CJ, SBB Cargo, Kanton Jura) teilgenommen, an denen das SBB-Cargo-Angebot im Berner Jura neu festgelegt worden ist. Mindestens zwei Holzverladestellen (in Tavannes und Tramelan) sollen aufgehoben werden. Das ist inakzeptabel, denn unsere Strassen sollen nicht durch Lastwagen verstopft werden. Der Kanton Bern kann und muss bei diesem Dossier eine wichtige Rolle spielen.

Begründung der Dringlichkeit: Die Subventionen werden per 1. Januar 2019 gestrichen, der Kanton muss Stellung beziehen.

Verteiler

- Grosser Rat